

Die österreichische Sozialversicherung im Jahre 1976

Die Sozialausgaben entwickelten sich 1976 ähnlich wie im Krisenjahr 1975, wodurch neuerlich der Anteil des Aufwandes für Soziale Sicherheit¹⁾ am Brutto-Nationalprodukt — geringfügig — stieg. Wenn sich dennoch die Ausgabendynamik von 16,9% auf 13,3% abschwächte, dann lag das vor allem daran, daß der Aufwand für Leistungen im Rahmen des Familienlastenausgleiches nur wenig expandierte.

durch mehrere Leistungen dieses Zweiges der Sozialen Sicherheit erhöht wurden. Dagegen erklärt sich die starke Ausgabensteigerung in der Pensionsversicherung nur zum Teil aus dem vergleichsweise hohen Anpassungsfaktor des Berichtsjahres; wesentlich war der Finanzierungstransfer von der Pensionsversicherung der Angestellten zu jener der Arbeiter.

Viel enger hängt die unverändert präkere Finanzsituation der Sozialversicherung mit der Konjunktur-entwicklung zusammen: Zwar hat im Gegensatz zum vorangegangenen Jahr die Beschäftigung 1976 wieder zugenommen (+29.400 oder 1%), womit auch die Zahl der beitragszahlenden Versicherten wuchs, die Nominaleinkommen stiegen aber viel langsamer, so daß die gesamte private Lohn- und Gehalts-summe schwächer stieg als 1975. Das Beitragsaufkommen hat daher trotz einer vergleichsweise starken Erhöhung der Höchstbeitragsgrundlage (als Folge des relativ stärker gestiegenen Anpassungsfaktors) nur geringfügig zugenommen. Davon war in erster Linie die Krankenversicherung betroffen, deren Kosten ungewöhnlich kräftig stiegen, aber auch die Unfallversicherung. Dagegen konnten die Finanzierungsprobleme der Pensionsversicherung durch die Umschichtung der Mittel von der Pensionsversicherung der Angestellten zu jener der Arbeiter aufgefangen werden. Dadurch hat sich die Inanspruchnahme des Bundes nur mäßig erhöht, sein Anteil am Pensionsaufwand ging sogar zurück.

Insgesamt wurden 1976 140,8 Mrd. S für Zwecke der Sozialen Sicherheit ausgegeben, um 16,6 Mrd. S oder 13,3% mehr als ein Jahr zuvor. Den stärksten relativen Ausgabenzuwachs verzeichnete die *Arbeitslosenversicherung*, die ihren Aufwand um 348,6 Mill. S oder 15,5% steigerte. Die Zunahme — trotz konstan-

Übersicht 1
Ausgaben für Soziale Sicherheit in Prozent des Brutto-Nationalproduktes

	Ausgaben für Soziale Sicherheit ¹⁾		Brutto-Nationalprodukt (nominal)		Ausgaben für Soziale Sicherheit in % des Brutto-Nationalproduktes
	Mill S	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Mill S	Veränderung gegen das Vorjahr in %	
1968	53.618	+10,4	302.762	+6,9	17,7
1969	58.929	+9,9	331.728	+9,6	17,8
1970	63.678	+8,1	371.236	+11,9	17,2
1971	71.827	+12,8	412.701	+11,2	17,4
1972	80.694	+12,3	469.405	+13,7	17,2
1973	90.391	+12,0	533.274	+13,6	17,0
1974	106.327	+17,6	613.455	+15,0	17,3
1975	124.264 ²⁾	+16,9	654.421	+6,7	19,0
1976 ³⁾	140.815	+13,3	728.722	+11,4	19,3

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger und Bundesrechnungsabschluß — ¹⁾ Ohne Kriegsopferversorgung, Opferfürsorge und allgemeine Fürsorge — ²⁾ Vorläufige Zahlen

Die Expansion der Ausgaben des Jahres 1976 wurde nur zum geringen Teil — und eher indirekt — durch Konsequenzen der Rezession 1975 verursacht, maßgebend war vielmehr das antizyklisch konzipierte Anpassungssystem der Pensionsdynamik. Zu den indirekten Folgen der Rezession ist die Novellierung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes zu rechnen, wo-

¹⁾ Ohne Kriegsopferversorgung, Opferfürsorge und allgemeine Fürsorge.

Übersicht 2
Die Ausgaben der Sozialversicherungsträger

	Krankenversicherung ¹⁾		Unfallversicherung		Pensionsversicherung der Selbständigen				Gesamtausgaben der Sozialversicherung ²⁾	
	Mill S	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Mill S	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Mill S	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Mill S	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Mill S	Veränderung gegen das Vorjahr in %
1971	13.190	+11,0	2.226	+7,7	30.499	+12,1	4.389	+36,2	47.962	+13,3
1972	14.702	+11,5	2.434	+9,3	33.979	+11,4	5.491	+25,1	53.990	+12,6
1973	16.487	+12,1	2.831	+16,3	37.679	+10,9	6.340	+15,5	60.525	+12,1
1974	20.355	+23,5	3.285	+16,0	43.875	+16,4	7.791	+22,9	71.912	+18,8
1975	23.392	+14,9	3.824	+16,4	51.022	+16,3	9.227	+18,4	83.535	+16,2
1976 ³⁾	27.189	+16,2	4.100	+7,2	60.357	+18,3	10.739	+16,4	95.778 ⁴⁾	+14,7

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger — ¹⁾ Einschließlich der gewerblichen Selbständigen- und der Bauernkrankenversicherung — ²⁾ Die Gesamtausgaben ergeben nicht die Summe der Ausgaben durch die einzelnen Versicherungsträger, weil die Transferzahlungen unter diesen berücksichtigt sind — ³⁾ Vorläufige Zahlen — ⁴⁾ Schätzung

ter Zahl der Arbeitslosen im Berichtsjahr — geht auf Leistungsverbesserungen zurück: Die Höchstbeitragsgrundlage in der Arbeitslosenversicherung wurde von 2.886 S auf 3.354 S angehoben (ein großer Teil der Arbeitslosen fällt in die oberste Lohnklasse), auch für die übrigen Lohnklassen ergab sich durch Zusammenlegung praktisch eine Steigerung der Bemessungsgrundlage. Die Freigrenzen für die Notstandshilfe, das Karenzurlaubsgeld und schließlich auch die Pensionsvorschüsse wurden erhöht. Demgegenüber blieb der Zuwachs an Leistungen im Rahmen des *Familienlastenausgleichs* mit 1 Mrd. S oder 6,9% vergleichsweise gering. Er wurde durch eine Verbesserung der Familienbeihilfen ab 1. Juli 1976 herbeigeführt.

Die Ausgaben der *Sozialversicherung* expandierten insgesamt mit 14,7% schwächer als im Jahr zuvor; doch zeigten sich in den einzelnen Zweigen beträchtliche Unterschiede. So stiegen die Ausgaben der Krankenversicherung mit 16,2% rascher als 1975. Das geht nur zum geringen Teil auf die Zunahme der Beschäftigung und damit der Versicherten zurück, sondern vorwiegend auf Ausgabensteigerungen pro Kopf der Versicherten (+15,6%). Diese resultieren aus extrem hohen Leistungssteigerungen für Spitäler (mehr als 20%) sowie für ärztliche Hilfe. Demgegenüber wies die Unfallversicherung mit +7,2% den geringsten Anstieg der siebziger Jahre aus. Dieser geringe Wert erklärt sich daraus, daß die Unfallversicherung 1976 keinen gesonderten Pauschalbetrag an die Pensionsversicherung zu leisten hatte. Am stärksten weitete die Pensionsversicherung ihre Ausgaben mit +18,0% aus. Allerdings erklärt sich diese außergewöhnliche Erhöhung dadurch, daß die Pensionsversicherung der Angestellten jener der Arbeiter einen Betrag von 2,1 Mrd. S zur Verfügung stellte und dieser als Ausgabe in der Gebarung der ersteren aufscheint. Berücksichtigt man diesen Transfer, dann ergibt sich für die gesamte Pensionsversicherung eine Aufwandssteigerung von +14,5% (+14,2% in der Unselbständigenpensionsversicherung und +16,4% in der Selbständigenpensionsversicherung). Demgegenüber blieben die Aufwandsteigerungen für *Ruhe- und Versorgungsgenüsse des Bundes* mit einer Zunahme um 1,8 Mrd. S auf 16,7 Mrd. S (+12,4%) ebenso hinter der Pensionsversicherung zurück wie jene für die *Pensionen der Länder und Gemeinden* (Zunahme um 1,1 Mrd. S oder 12,4% auf 9,8 Mrd. S).

Verzögerte Einkommensanpassung

Die Ausgabensteigerung in der Pensionsversicherung ergibt sich aus dem Mechanismus der Einkommensanpassung, der vorsieht, daß sich die

Übersicht 3

Anpassungsfaktor und Veränderung der Unselbständigen-einkommen

	Anpassungsfaktor in %	Jährliche Veränderungsrate des monatlichen Brutto-Einkommens je Arbeitnehmer
1971	+ 7,1	+12,3
1972	+ 7,4	+11,0
1973	+ 9,0	+12,8
1974	+11,9 ¹⁾	+13,8
1975	+13,2 ¹⁾	+12,9
1976	+13,0 ¹⁾	+ 9,0
1977	+ 7,0	+ 8,5 ²⁾

¹⁾ Richtsatz 1974 (10,4%) 1975 (10,2%) 1976 (11,5%); ab 1. Juli 1974 und ab 1. Juli 1975 jeweils zusätzlich 3% Pensionserhöhung — ²⁾ Prognose

Transfereinkommen — verzögert — den Leistungseinkommen angleichen. Infolge vergleichsweise hoher Einkommenszuwächse der Aktiven 1974 und 1975 ergab sich 1976 ein Anpassungsfaktor von 11,5%; dazu kam die außertourliche Pensionserhöhung von 3% ab 1. Juli 1975, die sich noch mit 1,5% im Jahresdurchschnitt auswirkte, so daß die Pensionen auf diese Weise um insgesamt 13,0% erhöht wurden — geringfügig weniger als 1975, jedoch um 4 Prozentpunkte mehr als die Aktiveinkommen der Unselbständigen.

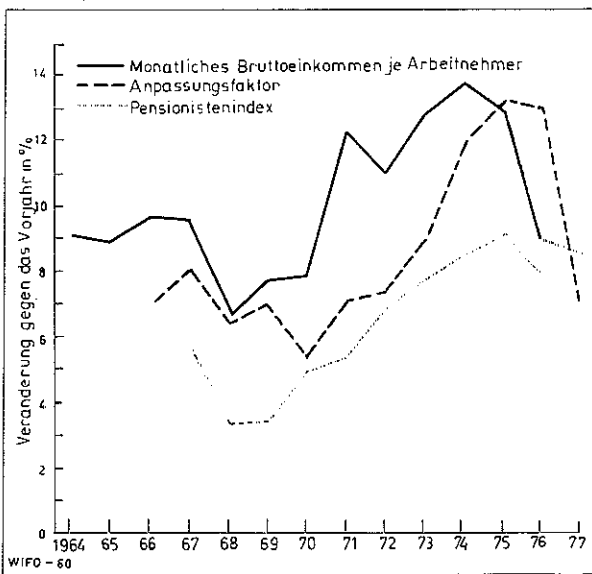
Die Pensionssteigerungen übertrafen damit zum zweiten Mal seit Einführung der Pensionsdynamik jene der Aktiveinkommen. Man ist somit dem Grundgedanken, auf diese Weise die beiden Einkommensarten über den Konjunkturzyklus hin auszugleichen, näher gekommen. Freilich ist zu bedenken, daß dieses Prinzip bisher nur sehr unzulänglich realisiert werden konnte. Geht man vom unteren Wendepunkt des vorletzten Aufschwunges im Jahre 1969 aus, dann ist das jährliche Brutto-Einkommen je Arbeitnehmer um 112,5% gestiegen, die mit dem Anpassungsfaktor erhöhte Pension jedoch nur um 89,2%. Für dieses Zurückbleiben gibt es institutionelle und konjunkturelle Gründe:

Eine Angleichung an das durchschnittliche Wachstum der Aktiveinkommen war vom Gesetzgeber nicht vorgesehen, weil dieses durch einen Struktureffekt — die Umschichtung von Beschäftigten in höher entlohnte Berufe — zusätzlich gesteigert wird und diese Steigerung über die Anpassung an die individuellen Aktiveinkommen hinausgeht. Vermutlich bewegt sich dieser Struktureffekt nur in der Größenordnung von Prozentbruchteilen. Denn selbst wenn man das Wachstum des Anpassungsfaktors über den oben bezeichneten Zeitraum mit jenem des Tariflohnindex vergleicht, welcher den Struktureffekt — allerdings auch die Lohnüberzahlungen — ausschließt (+98,8%), zeigt sich eine beträchtliche Differenz

Es scheint vielmehr, daß der Anpassungsfaktor — abgesehen von den Problemen der „unteren oder oberen Bremse“ — auf Grund der Berechnungsmethode hinter der Veränderung der zur Berechnung herangezogenen Aktiveinkommen zurückbleibt, und zwar um so weiter, je stärker diese nominell steigen¹⁾.

Auf den konjunkturellen Effekt wurde in den Monatsberichten schon mehrmals hingewiesen²⁾. Das anti-zyklische Element der Pensionsdynamik, das einen Ausgleich der Aktiv- und Transfereinkommen über den Zyklus erreichen soll, kann in Phasen der Wirtschaftsentwicklung nicht funktionieren, in denen sich das Wachstum der Nominaleinkommen ständig beschleunigt. Erst im Rezessionsjahr 1975 und im ersten Jahr des neuen Aufschwunges 1976 überholte der Anpassungsfaktor das Wachstum der Unselbständigeneinkommen. 1975 nur infolge der außerordentlichen Pensionserhöhungen vom 1. Juli 1974 und 1. Juli 1975 um jeweils 3% — was auf die Unterschätzungstendenzen der Richtzahlberechnung hinweist.

Abbildung 1
Veränderungen des Anpassungsfaktors, des Unselbständigeneinkommens und des Pensionistenindex



1977 wird die Richtzahl mit 70% vermutlich wieder hinter dem Zuwachs der Aktiveinkommen zurückbleiben, obwohl dieser in den Jahren 1975 und 1976 im Durchschnitt erheblich höher war. Die außergewöhnlich niedrige Richtzahl resultiert daraus, daß zu

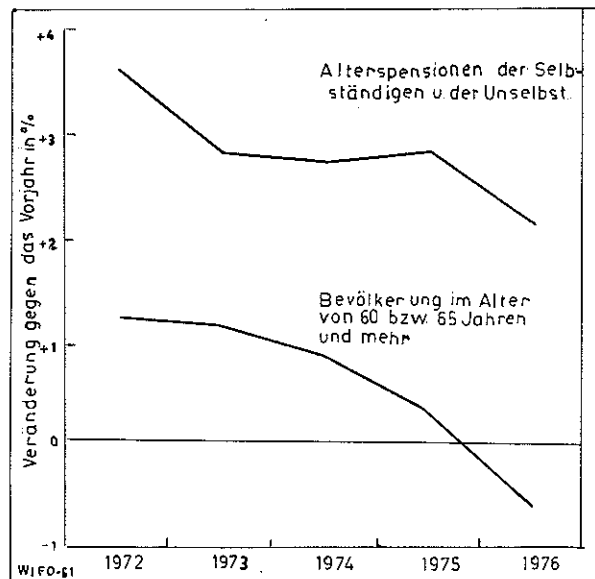
¹⁾ D. Bös - R. Holzmann: Simulationsanalysen zur österreichischen Pensionsdynamik, Wien 1976, S. 129 ff.
²⁾ Die österreichische Sozialversicherung im Jahre 1972 Monatsberichte 5/1973, S. 225

einem der beiden für die Berechnung relevanten Stichtage der Lohn- bzw. Gehaltserfassung Ende Jänner 1976 eine Lohnrunde unmittelbar bevorstand und sich die Aktiveinkommen gegenüber dem vorangegangenen Jahr noch kaum verändert hatten. Dieser Rückstand dürfte allerdings in den nächsten Jahren wieder kompensiert werden.

Weiterer Anstieg der Belastungsquote

1976 ist die Belastungsquote (Zahl der Pensionisten je Pensionsversicherten) neuerlich gestiegen, wiewohl die Zahl der Beschäftigten wieder zunahm und sich die demographische Belastungsquote bereits verringert. Wenn sich die Relation von Beschäftigten zu Pensionisten dennoch verschlechtert, lassen sich daraus konjunkturelle Effekte in zweierlei Hinsicht ableiten. Entweder war der Zustrom von Erwerbstätigen bezogen auf die Veränderung der gesamten aktiven Bevölkerung (15 bis 65 bzw. 60 Jahre) unterproportional oder der Abgang überproportional. Der Beschäftigtenzuwachs entsprach mit 29.400 ungefähr der Trendprognose des Institutes³⁾. Der Zuwachs an Pensionen ging zwar auch zurück, jedoch offensichtlich schwächer als erwartet. 1975 hatte sich die Zunahme der Pensionisten konjunkturbedingt sogar beschleunigt, und auch 1976 wirkte der Konjunktüreinfluß noch nach.

Abbildung 2
Veränderungsraten der Bevölkerung über 60 bzw. 65 Jahren und des Pensionsstandes in der Sozialversicherung



³⁾ Der österreichische Arbeitsmarkt 1975 bis 1985 Monatsberichte 4/1975, S. 174

Übersicht 4
Pensionsbezieher je Pensionsversicherte

	Pensionsversicherung der		Pensionsversicherung insgesamt
	Unselbständigen	Selbständigen	
	Pensionsbezieher je 100 Pensionsversicherte		
Ø 1971	47,3	56,2	48,8
Ø 1972	46,9	62,0	49,3
Ø 1973	45,7	65,5	48,8
Ø 1974	45,7	69,0	49,2
Ø 1975	46,7	72,7	50,4
Ø 1976	47,0	76,0	51,0

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger.

Finanzierungsausgleich innerhalb der Pensionsversicherung

Die finanzielle Lage der Sozialversicherungsträger hat sich 1976 durch die Diskrepanz im Wachstum der Beitragseinnahmen (+11,4%) und der Ausgaben (+17,1%) weiter verschlechtert. Diese Entwicklung traf vor allem jene Zweige, die nicht auf andere Finanzierungsquellen zurückgreifen konnten. So stieg das Defizit der Krankenversicherung von 2,4% auf 6,1%. 1976 gab es keine Krankenkassengruppe mehr mit aktiver Gebarung. In der Unfallversicherung verminderte sich das Defizit infolge verlangsamten Ausgabenzuwachses von 4,1% auf 3,3%.

Die Gebarung der Pensionsversicherungsträger war zwar mit Ausnahme der Angestelltenpensionsversicherung¹⁾ aktiv, jedoch nur dank Finanzierungshilfen. Im Gegensatz zu 1975 ist aber der Bundesbeitrag nicht sprunghaft gestiegen, sondern nahm (einschließlich der Ausgleichszulagen) um 2 Mrd. S oder 10,2% zu. Damit sank seine Quote wieder auf 30,4%. Die Entlastung der strukturell defizitären Versicherungsträger, vor allem der Pensionsversicherung der Arbeiter, wurde — wie bereits erwähnt — durch einen internen Ausgleich herbeigeführt. Die Pensionsversicherung der Angestellten stellte hierfür einen Betrag von 2,1 Mrd. S zur Verfügung. Diese finanzielle Transaktion bewirkte allerdings in deren laufenden Gebarung einen Abgang von 854 Mill. S

¹⁾ Dies gilt nicht für die gleichfalls aktiv gebarende Versicherungsanstalt des österreichischen Notariats.

oder 4,1%. Die Bundesmittel flossen in erster Linie der Pensionsversicherung der Selbständigen zu

Übersicht 5

Die Gebarung der österreichischen Sozialversicherung im Jahre 1976¹⁾

Versicherungsbranche bzw. -träger	Einnahmen Ausgaben		Saldo
	Mill. S		
Krankenversicherung	25 619,3	27 188,7	-1 569,4
Gebietskrankenkassen	18 752,9	19 784,1	-1 031,2
Betriebskrankenkassen	432,5	433,0	- 0,5
Vericherungsanstalt des österreichischen Bergbaues	307,8	316,6	- 8,8
Versicherungsanstalt der österreichischen Eisenbahnen	1 354,0	1 437,1	- 83,2
Versicherungsanstalt öffentlich Bediensteter	2 311,9	2 477,6	- 165,6
Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft	1 163,3	1 369,7	- 206,5
Sozialversicherungsanstalt der Bauern	1 297,0	1 370,6	- 73,6
Unfallversicherung	3 970,0	4 099,5	- 129,5
Pensionsversicherung der Unselbständigen	62 224,8	60 356,5	+1 868,3
Pensionsversicherungsanstalt der Arbeiter	38 457,5	35 920,5	+2 537,1
Versicherungsanstalt der österreichischen Eisenbahnen	741,2	692,0	+ 49,2
Pensionsversicherungsanstalt der Angestellten	20 957,6	21 811,9	- 854,3
Versicherungsanstalt des österreichischen Bergbaues	2 068,5	1 932,1	+ 136,4
Pensionsversicherung der Selbständigen	11 070,7	10 738,9	+ 331,7
Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft	6 017,2	5 847,3	+ 169,9
Sozialversicherungsanstalt der Bauern	5 006,1	4 844,9	+ 161,2
Versicherungsanstalt des österreichischen Notariats	47,3	46,7	+ 0,6
Sozialversicherung insgesamt	102 884,9	102 383,7	+ 501,2

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger — ¹⁾ Vorläufige Gebarungsergebnisse.

Übersicht 6

Anteil der Bundeszuschüsse am Gesamtaufwand der Pensionsversicherung¹⁾

	Gesamtaufwand		Bundeszuschuß ²⁾		Bundeszuschuß in % des Gesamtaufwandes
	Mill. S	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Mill. S	Veränderung gegen das Vorjahr in %	
1971	34 888	+14,7	10 032	+ 4,4	28,8
1972	39 470	+13,1	11 457	+14,2	29,0
1973	44 019	+11,5	11 849	+ 3,4	26,9
1974	51 666	+17,4	14 130	+19,2	27,3
1975	60 249	+16,6	19 583	+38,6	32,5
1976 ³⁾	71 095	+18,0	21 582	+10,2	30,4

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger und Bundesrechnungsabschluß. — ¹⁾ Pensionsversicherung der Selbständigen und Unselbständigen. — ²⁾ Ohne Überweisung (gemäß § 27 GSPVG) aus der Gewerbesteuer. — ³⁾ Vorläufige Zahlen

Felix Butschek